

Starker Auftritt in Moskau

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

Es war eine schwere Reise, die Olaf Scholz in Moskau hinter sich bringen musste. Und noch bevor der Kanzler den russischen Präsidenten Wladimir Putin traf, gab es Signale der Hoffnung. Die Russen kündigten einen Teilabzug ihrer Truppen von den Grenzen der Ukraine an. Ein wenig Entspannung inmitten der drohenden Kriegsgefahr. Ein Verhandlungserfolg des deutschen Kanzlers? Entwarnung oder Trick? Zumindest hat Putin ihm mit diesem Signal einen Dienst erwiesen. Eine Sprecherin des russischen Außenministeriums schrieb am Mittag: „Der 15. Februar 2022 wird als Tag des Scheiterns der westlichen Kriegspropaganda in die Geschichte eingehen.“ Der Westen habe sich blamiert. Nun, ganz so ist es nicht. Von der Nato hieß es etwa am Nachmittag, bei den Truppenbewegungen an der Grenze zur Ukraine gebe es noch kein Zeichen der Deeskalation.

Scholz hatte aber einen starken Auftritt – man habe kein Thema ausgelassen, sagte er selbst. Er wich auch auf der Pressekonferenz keinem Konfliktthema aus, wählte deutliche Worte zur Verurteilung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny und dem Verbot der Menschenrechtsorganisation Memorial. Bei Nawalny sei seine Haltung „sehr klar“: „Mit rechtsstaatlichen Grundsätzen ist seine Verurteilung nicht vereinbar.“

Der Kanzler kann zumindest mit dem Gefühl zurückfliegen, dass er so etwas wie leichte Hoffnung in den Konflikt gebracht hat. Die Pressekonferenz war ein richtiger Politkrimi. Scholz widersprach Putin, Putin widersprach Scholz. Und doch gab es ab und an auch den Ansatz eines Lächelns. Eine Entschärfung der Krise war es nicht – aber auch keine Zuspitzung. Es wird weiter geredet, der Friedensprozess soll endlich mit Leben gefüllt werden. Da wird es sehr auf das diplomatische Geschick der deutschen und französischen Seite ankommen. Scholz hat seinen Teil geleistet.

BERICHT DIREKT GEGENÜBER, ABER WEIT AUSEINANDER, POLITIK

Trump verliert an Macht

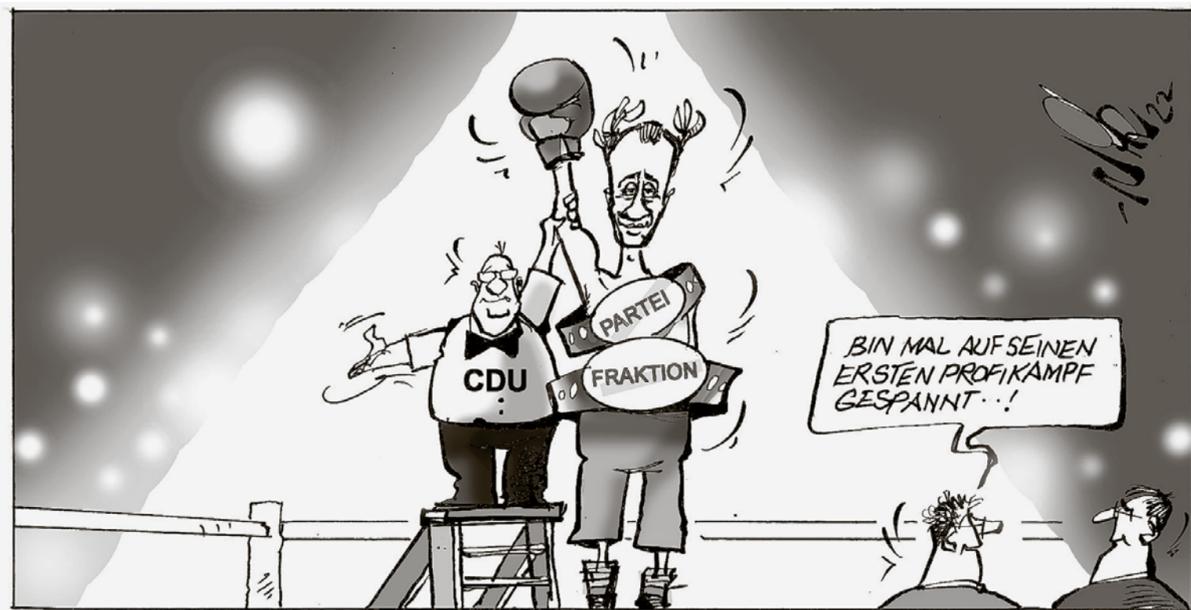
VON THOMAS SPANG

Donald Trump hat in seiner langen Karriere viele Vorwürfe an sich abprallen lassen. Ein ums andere Mal strafte „Teflon-Don“ seine Kritiker Lügen, die das bevorstehende Ende des bombastischen Narzissten prognostizierten. Und so gilt es auch in diesem Fall, Vorsicht walten zu lassen. Doch das überraschende Kündigungsschreiben seiner langjährigen Wirtschaftsprüfer und Steuerberater von Mazars USA hat es in sich. Symbolisch, indem es die Absetzbewegung eines wichtigen Spielers aus der Trump-Welt dokumentiert. Die Finanzdienstleister wollen ihre Reputation nicht länger für einen riskieren, der offenkundig nicht sauber arbeitet. Substantiell teilen die Prüfer mit, dass den Finanzangaben des Präsidenten nicht zu trauen ist.

Es bleibt Spekulation, was Mazars USA zu diesem höchst ungewöhnlichen Schritt veranlasst hat. Doch für Trump dürfte der Hinweis auf die Ermittlungen in New York alles andere als beruhigend sein. Im Kern geht es um den Nachweis eines plumpen, aber effektiven Geschäftsmodells. Demnach soll sich Trump bei seinen Geldgebern durch aufgehübschte Finanzberichte bessere Konditionen für Kredite verschafft haben, während er sich vor den Steuerbehörden arm rechnete. Mazars USA und die übernommenen Vorgänger hatten Trump über Jahrzehnte dabei geholfen.

Dass die Prüfer ihre Zusammenarbeit kündigen und einen Interessenkonflikt als Grund nennen, kann nur bedeuten, dass Informationen an die Staatsanwaltschaften in New York fließen. Dies könnte für Trump sogar eine Haftstrafe zur Folge haben. Unabhängig vom rechtlichen Ausgang zeigen die Vorgänge, dass nicht der Trumpismus als politische Bewegung, aber Trump als Person an Macht verliert. Abzulesen ist das an dem anderen Kalkül, das seine einstigen Helfer jetzt verfolgen. Für „Teflon-Don“ wird es ernst.

BERICHT PRÜFER BEENDEN ZUSAMMENARBEIT, POLITIK



VEREINSMEISTER

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Vier Frauen wollen dieses Jahr französische Präsidentin werden. Ernsthaftige Chancen hat nach den Umfragen keine von ihnen. Das Problem wurzelt tief in Geschichte und Kultur - und das Klima im Parlament ist toxisch.

Sexismus mit System

VON CHRISTINE LONGIN

Als Ségolène Royal sich 2007 um das Präsidentenamt in Frankreich bewarb, kam der frauenfeindlichste Kommentar von ihrem innerparteilichen Rivalen Laurent Fabius. „Wer kümmert sich dann um die Kinder?“, fragte er die vierfache Mutter, deren Studium an mehreren Eliteschulen er damit ebenso zur Nebensache degradierte wie ihre Ministerposten. Noch heute berichtet die Sozialistin, die als erste Frau überhaupt in die Stichwahl um das Präsidentenamt einzog, bereitwillig über den Sexismus, dem sie ausgesetzt war. Royal fühlt sich als Vorreiterin der Kandidatinnen, die im April ins Präsidentenamt streben. Die Konservative Valérie Pécresse soll von ihr sogar den Tipp bekommen haben, möglichst oft Rot zu tragen, um aufzufallen.

Doch auch wenn der rote Blazer seither zu ihrem Markenzeichen wurde, droht Pécresse dasselbe Schicksal wie Royal, die gegen Nicolas Sarkozy verlor. Umfragen prognostizieren der 54-Jährigen ebenso wie der Rechtspopulistin Marine Le Pen, der Sozialistin Anne Hidalgo und der Linkskandidatin Christiane Taubira eine Niederlage gegen Amtsinhaber Emmanuel Macron. Pécresse verringerte ihre Chancen am Sonntag noch, als sie in einer gekünstelt wirkenden Rede Anleihen bei den Rechtsextremen nahm. „Es bräuchte schon ein Zusammenspiel vieler Umstände, damit eine Frau 2022 Präsidentin wird“, sagt Marlène Coulomb-Gully, Professorin an der Universität Toulouse.

Den Grund dafür sieht die Expertin in der Geschichte des Landes. Das salische Recht zur Erbfolge verbot Frauen die Thronbesteigung. Während England, Schweden oder Spanien von Königinnen regiert wurden, zogen in Frankreich Marie Antoinette oder Madame de Pompadour lediglich im Hinter-

grund ihre Strippen. Auch die Revolution änderte nichts an der untergeordneten Rolle der Frauen. „Die Idee, dass Frauen und politische Macht ein Widerspruch sind, hat sich in den Köpfen eingegraben“, bemerkt Coulomb-Gully. Das Wahlrecht erhielten die Französisinnen erst 1944, deutlich nach den Deutschen. Ministerämter übernahmen Frauen zum ersten Mal in den 70er-Jahren. „Ich hatte Glück, man brauchte eine Alibi-Frau. Das war ich“, erinnerte sich Simone Veil, die als Gesundheitsministerin 1974 das Recht auf Abtreibung durchsetzte und heftigen Angriffen ausgesetzt war.

Eine Erfahrung, die später auch Edith Cresson machte, die einzige Frau, die bisdisziplinäre und heftigen Angriffen ausgesetzt war. Eine Erfahrung, die später auch Edith Cresson machte, die einzige Frau, die bis-

„Wer kümmert sich dann um die Kinder?“

Laurent Fabius über die Präsidentschaftskandidatur von Ségolène Royal 2007

her in Frankreich Regierungschefin war. Die Sozialistin, die sich 1991 nur zehn Monate im Amt hielt, denkt heute noch mit Bitterkeit an diese Zeit. An eine Frau als Ministerin hätten sich die Männer mit der Zeit gewöhnt. „Aber eine Premierministerin, das war zu viel“, sagte sie im vergangenen Jahr in einem Radiointerview. Nach François Mitterrand, der Cresson ernannt hatte, traute sich kein Präsident mehr, eine Frau zur Regierungschefin zu machen, auch wenn das Amt in Frankreich weniger Macht bedeutet als beispielsweise in Deutschland oder Großbritannien.

71 Prozent der Französisinnen und Franzosen halten inzwischen eine Frau an der Staatsspitze für „wünschenswert“, doch die Männer besetzen hartnäckig alle hochrangigen Ämter. Mit Ausnahme von Le Pens Rassemblement National sind alle Parteivorsitzenden männlich. Senat und Nationalversammlung hatten noch nie eine Frau als Präsidentin; Innen-, Außen- und Finanzministerium sind fest in Männerhand. Dabei hatte Macron die Gleichstellung zu einem der wichtigsten Anliegen seiner Präsidentschaft gemacht und seine Regierung zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen besetzt.

INFO

Noch hat Macron sich nicht offiziell erklärt

Amtsinhaber Der erste Durchgang der Präsidentschaftswahl ist am 10. April, die Stichwahl zwei Wochen später, am 24. April. Präsident Emmanuel Macron hat zwar seine Absicht nicht verborgen, sich um eine Wiederwahl zu bewerben. Er hat seine Kandidatur aber noch nicht offiziell erklärt, was ihm wiederum Kritik der Opposition eingebracht hat, er nutze sein mit Steuergeldern finanziertes Präsidentschaftsamt für den Wahlkampf.

Bewerberinnen und Bewerber Als Macrons größte Rivalen gelten die Konservative Valérie Pécresse und die Rechte Marine Le Pen und Eric Zemmour. Lange war Le Pen das bekannte Gesicht des rechten Lagers, doch seit Verkündung seiner Kandidatur im November bringt der mehrfach wegen rassistischer Äußerungen verurteilte Publizist Zemmour sie in Bedrängnis. In Umfragen kommt der Linke Jean-Luc Mélenchon erst auf den fünften Platz, vor dem Kandidaten der Grünen, Yannick Jadot, und der sozialistischen Kandidatin, der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo. Aus einem Onlinevotum der Linken ging die ehemalige Justizministerin Christiane Taubira als Siegerin hervor.



Valérie Pécresse am Sonntag bei ihrer Rede. FOTO: DPA

Doch der Gleichstellungsrat kritisiert weiterhin einen „systemischen Sexismus“ auf allen Ebenen. „Auch wenn zahlenmäßig Gleichheit herrscht, lässt eine wirkliche Machtteilung noch auf sich warten“, schreibt das Gremium. Ein deutlicher Hinweis, dass Frauen oft mit zweitrangigen Funktionen abgespeist werden. Dabei sind die Französisinnen häufiger berufstätig als ihre Geschlechtsgenossinnen in anderen Ländern und bringen Kinder und Karriere leichter unter einen Hut. Je höher sie aber auf der Karriereleiter steigen, desto schwieriger wird es, sich gegen die männliche Konkurrenz durchzusetzen.

In der Politik ist die Parität seit dem ersten Gleichstellungsgesetz 2000 streng geregelt. Bei Wahlen müssen Frauen und Männer in gleicher Zahl auf den Kandidatenlisten vertreten sein, außer in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern. Das wirkt: In der Nationalversammlung stieg der Frauenanteil von zehn Prozent 1997 auf 39 Prozent. Im Senat sitzen 33 Prozent Frauen und in den Stadträten 42 Prozent.

Trotzdem sind Politikerinnen weiter Zielscheibe sexistischen Verhaltens. Eine besondere Bühne bietet den Polit-Machos die Nationalversammlung, wo die heutige Kulturministerin Roselyne Bachelot bei ihrer ersten Rede 1988 mit dem Spruch „Schau her, das Vagina-Konzert“ begrüßt wurde. Vor einigen Jahren erntete Umweltministerin Cécile Duflot Gejohle, als sie in einem geblühten Sommerkleid ans Mikrofon trat. Die Rede einer Grünen-Abgeordneten wurde mit imitiertem Hühnergeacker begleitet, eine Rednerin der Linkspartei als „Fischhändlerin“ titulierte.

Als Pécresse im Dezember erste Präsidentschaftskandidatin der Konservativen wurde, feierten Frauenrechtlerinnen ihren Sieg gegen vier Männer. „Die Zeit der Frauen ist gekommen“, lautete der Slogan, mit dem Ségolène Royal die Macht erobert wollte. Er passte auch auf Pécresse und die Kandidatinnen 2022. Doch die Zeit für eine Präsidentin scheint immer noch nicht reif.

WISSENSDRANG

Die Identitätspolitik versteht sich als Kampf gegen Rassismus. Warum werden dann Menschen in dieser enorm einflussreichen neuen Glaubenslehre auf ihre Hautfarbe festgenagelt? Warum gilt die Hautfarbe nicht als ein äußerliches Merkmal, sondern als Träger moralischer Eigenschaften? Warum werden „Weiße“ so behandelt, als seien sie automatisch Rassisten?

Die Identitätspolitik stützt sich auf die unbestreitbare Erfahrung, dass rassistische, sexistische oder andere menschenfeindliche Einstellungen nicht immer bewusst sind. Daraus zieht sie den Schluss, dass Rassismus nicht durch eine Haltung der „Farbenblindheit“ überwindbar ist. „Farbenblindheit“ ist nach ihrer Weltanschauung gar nicht möglich. Wer

Es gibt keinen guten Rassismus

Die Identitätspolitik verbindet Hautfarbe mit Moral. Das kann nicht gut gehen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

sich für farbenblind hält, betrügt sich selbst.

Was also tun? Wie den Rassismus überwinden? Nach Vorstellung der Identitätspolitik ist das nur durch einen strategischen Rassismus möglich. Sie verlangt, äußere Merkmale wie Hautfarbe so zu behandeln, als sei dadurch die Identität eines Menschen bestimmt. Dieser antirassistische Rassismus ist ihrer Auffassung nach kein verwerflicher, sondern ein guter Rassismus. Erstens weil jetzt Weiße und nicht Schwarze abgewertet werden. Zum Ausgleich. Und zweitens, weil dieser Rassismus ja nur ein Stadium auf dem Weg zum paradiesischen Endziel einer nicht-rassistischen Gesellschaft sei. Das kann nicht funktionieren. Wie soll die Überzeugung, die Hautfar-

be sei mit moralischen Eigenschaften verbunden, auf lange Sicht zu einer nicht-rassistischen Wahrnehmung führen? Zudem liegt dem strategischen Rassismus ein ganz altmodischer Rassismus zugrunde. Schwarze Menschen werden als nicht voll erwachsen behandelt: als Daueropfer, die man nicht so wie Weiße kritisieren darf. Denn schließlich sind Weiße für alle Übel der Welt verantwortlich, auch die der Schwarzen. Weißen wird geradezu Allmacht zugeschrieben. In dieser Illusion der weißen Allmacht sind sich Identitätspolitiker einig mit White Supremacists.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.